



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.

OTTO ESSER

Präsident der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

GESELLSCHAFTSPOLITISCHE ZUKUNFTSAUFGABEN

MONTAG, 7. MAI 1984



Sehr verehrter Herr Stödter, sehr verehrter Herr Schmidt,
meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

Für den, der nicht den Vorzug hat, Hamburger zu sein, ist eine Reise nach Hamburg immer ertragreich und ermutigend. Das ist zu belegen. Ich bin am 4. April dieses Jahres hier gewesen bei einer Zusammenkunft der Internationalen Handelskammer. Es gab eine Tischrede des Präses der Handelskammer von Hamburg, und in dieser kleinen Ansprache erfuhr ich, daß 1922 der Reichsverband der Deutschen Industrie hier in Hamburg zu Gast war. Es wurde eine Menükarte aufgelegt, auf der verzeichnet war, sehr apodiktisch: „Während des Essens gibt es keine Reden.“ Das wurde heute freundlicherweise durchbrochen. Die zweite Bemerkung war: „Die Reden nach dem Essen sind vergeben.“ Diesen Doppelsinn finde ich anziehend und ermutigend. Meine Damen und Herren! „Gesellschaftspolitische Zukunftsaufgaben“, so lautet das Thema, zu dem ich anlässlich des Übersee-Tages 1984 einige Bemerkungen zu machen die Ehre habe.

Das Thema zielt also nicht auf die Tagespolitik und eigentlich auch nicht unmittelbar auf die Probleme, welche die Unternehmer, die Gesellschaft und nicht zuletzt den Staat in diesen Wochen und Monaten gesellschaftspolitisch und sozialpolitisch vorrangig in ungewöhnlicher Weise herausfordern und bewegen. Aber niemand von uns tauscht sich darin, daß Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in der Geschichte miteinander eng verwoben sind.

Für die Politik, über die im weiteren Sinne heute der Bundeskanzler eindrucksvoll gesprochen hat, gilt das gleiche.

Für die Gesellschaftspolitik, diesem zentralen innenpolitischen Aufgabenbereich, über den ich heute abend spreche, kann – generalisierend vielleicht, aber gewiß zutreffend – gesagt werden: Viele der Probleme, die uns bedrängen, haben ihre Wurzel in Entscheidungen, auch in falschen Entscheidungen, der Vergangenheit. Erlauben Sie mir, eine eher triviale Wahrheit auszusprechen: Die Herausforderungen der Zukunft werden wir nicht bestehen, die Zukunftsaufgaben nicht lösen, wenn wir nicht die Probleme der Gegenwart meistern und damit auch gesellschaftspolitisch sichere Fundamente für die Zukunft legen.

Indessen sind gesellschaftspolitische Entwicklungen in ihren materiellen und finanziellen Auswirkungen, in ihren geistigen und bewußtseinsmäßigen Komponenten fast immer Langfristprozesse. Einer der schwerwiegenden Fehler, den die Sozial- und Gesellschaftspolitik über lange Zeiten hinweg gemacht hat und der, wie mir scheint, auch jetzt noch nicht vollständig überwunden ist, bestand darin, die Bedeutung der langfristigen Entwicklungen zu unterschätzen und in den Kategorien der jeweiligen Legislaturperiode zu denken. Wahrscheinlich ist dies in einer Demokratie bis zu einem gewissen Ausmaß unvermeidlich. Dennoch und gerade deshalb ist es eine vorrangige Forderung für die Gesellschaftspolitik der Zukunft, in großräumigen und langfristigen Perspektiven zu denken und von einem Krisenmanagement wieder zu einem konzeptionellen Handeln zu kommen. Es sind mehrere miteinander eng verbundene materielle und immaterielle Ursachen, deren Ursprung oft viele Jahre zurückliegt, die zu der krisenhaften Zuspitzung wirtschaftlicher, sozialpolitischer und politischer Tatbestände geführt haben, die schließlich im Regierungswechsel von 1982 kulminierten.

Ich nenne die staatliche Vollbeschäftigungsgarantie aus der Zeit der Kanzlerschaft von Brandt, von der jedermann klar sein müßte, daß sie nicht einhaltbar war. Sie bedeutete in letzter Konsequenz und zu Ende gedacht die Vorherrschaft des Sozialen über das Wirtschaftliche, und sie mußte zu einem immer rasanteren Anstieg der sozialen Belastungen der Unternehmen und der Beitragszahler auf der einen und zu immer verbesserten sozialen Leistungen für nichtarbeitende Menschen auf der anderen Seite führen. Dieses Prinzip trug ganz entscheidend dazu bei, konsumtive Ausgaben sowohl der öffentlichen Hände als auch der Privaten immer mehr zu Lasten der Investitionen in beiden Bereichen zu erhöhen. Insgesamt setzte die Politik über viele Jahre hinweg zu sehr auf Sicherheit und Gleichheit und zu wenig auf Freiheit und Eigenverantwortung.

Es ist daher nur folgerichtig, meine Damen und Herren, wenn bei einer solchen Konstellation nicht nur die Investitionsfähigkeit, sondern ebenso die Investitionsentschlossenheit der Unternehmen zurückging, zumal das böse Wort von der „Erprobung der Belastungsfähigkeit der Wirtschaft“ die Runde machte. In der offiziellen Regierungspolitik der sozialliberalen Koalition, vor allem unter dem Einfluß des damaligen Bundeskanzlers und der liberalen Wirtschaftspolitiker der FDP, wurde das zwar nicht bis zur letzten Konsequenz ausprobiert, aber auch niemals aus der unterschwelligen Existenz herausgenommen. Das Scheitern der sozialliberalen Koalition ist in erheblicher Weise damit zu erklären, daß immer größere Teile der Sozialdemokratischen Partei diese Belastungsprobe unternehmen wollten, während andere Kräfte in der Regierung dies für gefährlich und gefährdend hielten. So stand, und darauf kommt es für die Gestaltung der zukünftigen Gesellschaftspolitik entscheidend an, die Frage nach einem grundsätzlichen marktwirtschaftlichen oder einem grundsätzlichen sozialistischen Kurs der Wirtschafts- und Sozialpolitik am Ende der sozialliberalen Koalition.

Dies ist auch die zentrale Frage, die uns allen für die Zukunft aufgegeben ist. Die Regierung der christlich-liberalen Koalition hat eine klare Antwort gegeben. Sie hat für die soziale Marktwirtschaft – für ihre Erneuerung – votiert. Sie hat hierfür eine überzeugende Mehrheit bei den Wahlen am 6. März vorigen Jahres erhalten. Viele von uns hatten sich wohl eine entschiedenere und eine raschere Umsetzung dieser prinzipiellen Option in konkretes politisches Handeln gewünscht. Aber lassen Sie mich wiederholen: Gesellschaftspolitische Prozesse sind notwendigerweise in ihren materiellen und den unlösbar damit verbundenen Abläufen längerfristig

angelegt, und eineinhalb Jahre Regierungsverantwortung, die überdies angefüllt waren von unvermeidlichen Maßnahmen des Krisenmanagements, von Wahlkämpfen, von der Überwindung vielfältiger innenpolitischer Probleme und der Auseinandersetzung mit zahlreichen weltwirtschaftlichen und europäischen Schwierigkeiten, sind keine lange Zeit.

Und dennoch: Wir brauchen im Wirtschaftspolitischen und im Gesellschaftspolitischen ein Konzept, das die Fortsetzung des Elans und des Mutes ist, mit dem die Regierung in den Monaten zwischen dem konstruktiven Mißtrauensvotum 1982 und der erfolgreichen Wahl vom 6. März 1983 angetreten ist. Diese Politik, die innenpolitisch vor allem eine neue gesellschaftspolitische Gestaltung versprach, hat die Zustimmung der großen Mehrheit der Bürger gefunden. Diese Politik muß mit Entschiedenheit fortgesetzt werden, wenn eine freiheitliche, pluralistische Gesellschaftsordnung auf Dauer die Antwort auf die Herausforderung der Zukunft sein soll.

Dies auszusprechen, meine Damen und Herren, dies zu fordern bedeutet nicht, die Leistungen zu verkleinern, die in diesen eineinhalb Jahren erreicht worden sind. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen hat erhebliche Fortschritte gemacht. Die Sozialfinanzen sind zwar nicht mittelfristig konsolidiert, aber kurzfristig aus der Risikozone herausgeführt worden. Ich füge hinzu: Die Konsolidierungsnotwendigkeit der öffentlichen Finanzen ist keineswegs abgeschlossen, und eine Konsolidierungspolitik kann nicht erfolgreich sein, wenn sie die Sozialfinanzen aus der Verantwortung entlassen wurde. Dazu ist das Gewicht, das die Sozialetats in den öffentlichen Haushalten und in den Beitragsleistungen besitzen, einfach zu groß. Und über das Finanzielle hinaus gilt die Notwendigkeit, die in den letzten Jahren gemachten Anstrengungen energisch fortzusetzen – das wird allerdings teilweise in den Reihen der Koalition schon wieder in Zweifel gezogen –, nach dem Prinzip der Eigenverantwortung und der Subsidiarität in der Sozialpolitik Gewicht zu geben. Materielles und Immaterielles verbinden sich in dieser Forderung. Deshalb bleibt nach meiner Überzeugung die Fortsetzung eines Konsolidierungskurses der öffentlichen Finanzen nicht nur eine Schlüsselfrage für die wirtschafts- und finanzpolitische, sondern auch und gerade für die gesellschaftspolitische Orientierung unserer zukünftigen Politik.

Wie viele andere Industrienationen steht die Bundesrepublik Deutschland vor gravierenden, um nicht zu sagen: dramatischen demographischen Veränderungen, die bisher nur in geringem Umfang in das Bewußtsein des Volkes eingedrungen sind. Der Höhepunkt des Zuwachses an deutschen in das Erwerbsleben eintretenden Mitbürger ist überschritten. Es wird nur noch zwei bis drei Jahre dauern, bis die sich abflachende Zuwachsrate in ihr Gegenteil zu verkehren beginnt. Von den neunziger Jahren an werden wir einen immer stärkeren Rückgang der aktiven deutschen Bevölkerung erleben. Ich verstehe vor diesem Hintergrund den Wunsch mancher Politiker, über eine leistungsunabhängige, familienorientierte Steuerreformpolitik einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken. Ich denke aber: Es ist nicht in erster Linie oder gar ausschließlich die Erwartung von Steuererleichterungen oder von anderen Maßnahmen des Familienausgleiches, die über das Wachstum oder den Rückgang eines Volkes entscheidet. Diese Entwicklungen vollziehen sich in erster Linie nach anderen Gesetzen, nach Gesetzen, die ihren Ursprung außerhalb des Materiellen haben.

Ich bin gewiß nicht gegen eine Berücksichtigung von Familienlasten im Steuer und Abgabenrecht. Ich glaube jedoch, daß ein leistungsgerechtes Steuer- und Abgabensystem, das den einzelnen Bürger nicht überfordert, die konstruktivste, familiengerechte Gestaltung des staatlichen Verteilungsapparates darstellt. Ich glaube zum anderen, daß wir für die Zukunft auch auf diesem Gebiete nichts Besseres tun können, als der jungen Generation die Überzeugung zu vermitteln, daß sie eine Zukunft hat, eine persönliche und eine berufliche Zukunft, die nicht nur im Bewahren liegt, sondern in der Weiterentwicklung entscheidende Aufgaben sieht, eine Zukunft, die auf persönliche Freiheit und Verantwortung gegründet ist und die nicht nur die engere Heimat, sondern die Welt als ihren Handlungs- und Zukunftsraum empfindet.

Lassen Sie mich, gleichsam in einer Art von Zwischenspiel und im Zusammenhang mit den steuerlichen Fragen, die ich kurz anspreche, einen Zahlenvergleich anstellen, der möglicherweise hier und dort als unzulässig, wie ich denke, auf jeden Fall als interessant anzusehen ist.

Wenn im öffentlichen Dienst die Arbeitszeit um fünf Stunden in der Woche verkürzt werden würde, dann würde allein aus dem Lohnausgleich ein Aufwand entstehen, der – Bundesbahn und Bundespost gar nicht einbezogen – bei etwa 25 Milliarden DM liegen würde. Das ist eine Zahl, die wir bei der Steuerreform mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht erreichen werden, das ist eine Zahl, die höher liegt – wenn ich das richtig im Gedächtnis habe – als der Landeshaushalt von Niedersachsen. Und das Entscheidende ist: Bei der einen Maßnahme fließen dem Bürger die Gelder zu, und bei der anderen muß der Bürger das Geld zusätzlich aufbringen.

Was nun die wirtschaftliche Zukunft angeht, meine Damen und Herren: Die Erfolge der Wirtschaftspolitik im allgemeinen und der Konsolidierungspolitik im besonderen sind deutlich erkennbar. Die Inflationsrate hat sich in eineinhalb Jahren etwa um die Hälfte vermindert. Die Konsumbereitschaft hat sich tendenziell, aber auch absolut erhöht, und für das Jahr 1984 wird zu Recht heute mit einer Wachstumsrate von 3 Prozent und vielleicht noch etwas mehr gerechnet.

Ich brauche vor Ihrem Kreise nicht auf die Aussagen von Bundesregierung, Bundesbank und Wirtschaftsforschungsinstituten einzugehen, die übereinstimmend kürzlich von einem sich selbst tragenden Aufschwung gesprochen haben. Ich teile diese Einschätzungen.

Was viel zuwenig in der Öffentlichkeit beachtet wird, ist die positive Entwicklung, die der Arbeitsmarkt genommen hat. Bereits im Herbst vorigen Jahres – der Bundeskanzler hat heute morgen darauf hingewiesen – ist die Zunahme der Arbeitslosigkeit zum Stillstand gekommen. Die Kurzarbeit wurde binnen Jahresfrist um die Hälfte zurückgeführt. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen stieg erstmalig wieder an. Sie lag im ersten Vierteljahr 1984 25 Prozent höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahrs. Damit haben sich auch die Chancen für die Arbeitslosen verbessert, einen Arbeitsplatz zu finden. Das zeigt sich an dem deutlichen Anstieg der Zahlen der Arbeitsvermittlungen. Nach den letzten Meldungen aus Nürnberg ist die Arbeitslosenzahl im April stark zurückgegangen. Zum erstenmal seit vielen Monaten ist der Vorjahresstand der Arbeitslosigkeit unterschritten worden. Unverkennbar geht es insgesamt arbeitsmarktpolitisch aufwärts, und der Arbeitsmarkt – das wissen wir alle – ist ein Spätindikator der konjunkturellen Entwicklung. Es sollte also zuversichtlich stimmen, wenn bereits in einem relativ frühen Zeitpunkt der Arbeitsmarkt Zeichen der Erholung aufweist.

Bei dem verhältnismäßig günstigen gesamtwirtschaftlichen Bild verkenne ich weder die sektoralen noch die regionalen Schwierigkeiten, die Sie gerade hier in der Küstennähe spüren. Ich verkenne auch nicht, daß wir arbeitsmarktpolitisch erst am Anfang der Erholung – ich wiederhole: am Anfang der Erholung – stehen. Aber wir haben doch gesamtwirtschaftlich – und hierauf kam es mir an – den Aufstieg aus der längsten und schwersten Nachkriegsrezession erfolgreich begonnen. Und dies gilt wohl auch für die Weltwirtschaft im allgemeinen, bei allen Risiken, die zu sehen sind.

Meine Damen und Herren! Um so bemerkenswerter ist es, wenn die gewerkschaftliche und oppositionelle Politik objektive Daten nicht zur Kenntnis nehmen will. Um so bedauerlicher ist es, wenn heute – wie es immer deutlicher wird – an dem wirklichen Willen der Mitglieder vorbei eine gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik betrieben wird, welche diese Entwicklungen zu verschweigen sucht, weil man nur vor einem düsteren Hintergrund so handeln kann, wie es zur Zeit geschieht. Den Gewerkschaftsführern, die an der Spitze der Bewegung stehen, welche die 35-Stunden-Woche anstrebt, geht es – wie ich fürchte weniger um einen Beitrag zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme als vielmehr um einen Beitrag zur gesellschaftspolitischen Veränderung. Es geht letztlich um die Frage nach dem wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Kurs unseres Staates. Das ist die prinzipielle Frage, und deshalb haben sich auch der Bundeskanzler und die Bundesregierung hier so stark politisch engagiert.

Wer einen angeblich mehr oder minder unveränderten und damit vorgegebenen Arbeitsumfang gerecht auf alle verteilen will, handelt nicht nur „sozialistisch“, sondern „utopisch“, was möglicherweise das gleiche ist.

Wenn man glaubt, daß das Arbeitsvolumen beliebig aufteilbar ist, dann wird es auch für beliebig zuteilbar angesehen. Das gilt insbesondere dann, wenn gleichzeitig alle sozialen Tatbestände als Besitzstände festgeschrieben werden sollen. Hier wird das Prinzip des Dirigismus gegen das Prinzip der Marktwirtschaft gesetzt, hier wird mit anderen Worten die Auseinandersetzung, die politisch so maßgebend zum Ende der sozialliberalen Koalition beigetragen hat, in die Verhandlungsebene der Tarifvertragsparteien verlagert. Der Tarifvertrag soll nach dem Willen einiger Gewerkschaftsführer seine Zielsetzung verändern: Nicht die Regelung der Arbeitszeit im Interesse der Beschäftigten ist das primäre Ziel, der Tarifvertrag soll vielmehr als gesellschaftspolitisches Kampfinstrument dienen. Das ist ausgesprochen worden, und das ist das prinzipiell Neue in der gegenwärtigen Auseinandersetzung, und mit diesem Neuen müssen wir uns auseinandersetzen, wenn wir die Zukunft in marktwirtschaftlicher Form gestalten wollen. Deshalb gilt es, der Strategie einiger – genauer gesagt: jetzt zweier – Industriegewerkschaften, über den Tarifvertrag ordnungspolitisch relevante Veränderungen herbeizuführen, eine unternehmerische, marktwirtschaftliche Strategie entgegenzustellen. Diese unternehmerische Alternative durchzusetzen und in diesem Bereich die Lösung des Tarifkonfliktes zu finden, ist nicht nur eine Frage der Tarifpolitik auf Sicht, sondern der Gesellschaftspolitik auf Dauer.

Die Arbeitgeberverbände, meine Damen und Herren, haben es an derartigen Alternativen wahrhaftig nicht fehlen lassen. Diese Angebote reichen von den verschiedenen Formen der Flexibilisierung der Arbeitszeit für einzelne Unternehmen und für einzelne Arbeitnehmer im Rahmen von tarifvertraglichen Regelungen bis zur vorübergehenden Vorruhestandsregelung auf der Grundlage des kürzlich erlassenen Gesetzes der Bundesregierung.

Ich darf betonen, daß wir außerordentlich großen Wert darauf legen, daß diese Politik der Flexibilisierung der Arbeitszeit nicht an den Gewerkschaften vorbei, sondern mit ihnen gemeinsam gestaltet wird. Die Vorschläge bringen, zusammen mit dem Angebot für Lohnabschlüsse, erhebliche Belastungen für die Unternehmen. Sie bringen den Arbeitnehmern neben Einkommensverbesserungen vielfältige Erleichterungen in der Arbeitszeitgestaltung. Sie haben, wie alle Erkenntnisse beweisen, bei weitem die Präferenz der Arbeitnehmer, eine Präferenz, die durch Urabstimmungen und manche Seltsamkeiten dabei – ich denke hier vorzugsweise an die Industriegewerkschaft Druck und Papier – nicht wegdiskutiert werden kann. Und sie bringen die Chance mit sich, wirtschaftliche und beschäftigungsmäßige Belebung nicht in das Gegenteil zu verkehren. Ihre Realisierung bietet damit eine gesellschaftspolitische Zukunftsmöglichkeit und keine Sackgasse, wie sie die generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit bedeuten würde.

In der Arbeitnehmerschaft und in der öffentlichen Meinung ist die tatsächliche und politische Richtigkeit unserer Position so anerkannt wie selten. Es ist insbesondere den Arbeitnehmern bewußt geworden, daß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft das A und O für unsere wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist. Neuerdings hört man in der veröffentlichten Meinung – aber nicht nur dort, sondern auch aus den Parteien, auch aus der Sozialdemokratischen Partei – zwei Argumente, denen ich mich wegen ihrer grundsätzlichen Zukunftsbedeutung kurz zuwenden möchte.

Es wird häufiger gesagt: Die Unternehmer haben sachlich recht, aber keine der beiden Seiten darf ihr Gesicht verlieren – dabei wird vorzugsweise an die Gewerkschaften gedacht –, und die Unternehmer müssen gerade für die Zukunft an starken Gewerkschaften interessiert sein. Ich widerspreche diesem Gedanken nicht. Er ist ja mit ein Motiv für die Breite und für die Gewichtigkeit unserer Alternativangebote. Aber nicht nur für die Unternehmer, sondern auch für die Arbeitnehmer, für die Gesellschaft, für den Staat in seiner Gesamtheit ist es entscheidend, daß die Gewerkschaften nicht nur stark sind, sondern daß sie ihre Rolle als Mitgestalter der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen im tarifautonomen Raum verstehen und sich

nicht des Tarifvertrages als Korrekturinstrumentes der Politik, der Wahlentscheidungen der Bürger, bedienen wollen. Nur dann wird – davon bin ich fest überzeugt – Tarifpartnerschaft, die ich als ein konstitutives Element unserer Gesellschaftsordnung begreife, auch für die Zukunft Bestand haben können.

Diesen Bestand halte ich für gefährdet, wenn zum Beispiel, wie in der Druckindustrie geschehen, neben allen materiellen Forderungen, die sich auf insgesamt etwa 40 Prozent Steigerung der Kosten belaufen, auf tarifvertraglichem Wege eine Ausweitung der Mitbestimmung zu erreichen versucht wird, die – und das ist keine Polemik, es ist noch nicht einmal eine Pointierung – dazu führen würde, daß zwar den Eigentümern auch zukünftig – jedenfalls bis auf weiteres das Kapital verbleibt, aber die Verfügungentscheidung auf die Gewerkschaften und auf die Betriebsräte übergeht. Zum anderen hört man das Argument, es gehe darum, eine Lösung des Arbeitszeitkonfliktes zu finden, die den sozialen Frieden erhalte; denn der soziale Friede gehöre zu den wesentlichen Produktionsfaktoren – und nicht nur das, wie ich denke –, auch für die Zukunft einer demokratisch verfaßten Gesellschaft sei er eine der bedeutsamsten Errungenschaften. Wiederum sage ich vorbehaltlos ja. Wer wollte, wer konnte die so angesprochene Bedeutung des sozialen Friedens verkleinern?

Aber auch hier gilt es, wie ich meine, ein wenig subtiler zu untersuchen. Dient es wirklich dem sozialen Frieden, eine Forderung zu erheben, die wirtschaftlich unzweifelhaft schädlich wäre und im Falle ihrer Verwirklichung an den Interessen zahlloser Menschen vorbeigehen würde? Ist es wirklich ein Zeichen von Solidarität zwischen Arbeitsbesitzern und Arbeitsuchenden, wenn Arbeitsbesitzende zwar – um mit dem heute schon zitierten Pater von NellBreuning zu sprechen – einen Teil ihrer bisherigen Arbeitszeit an Arbeitslose abtreten, ihren mit dieser abgetretenen Arbeitszeit verbundenen Einkommensanteil aber für sich behalten wollen? Und schließlich: Kann sozialer Friede wirklich dauerhaft anders sinnvoll definiert werden als das Bemühen, wirtschaftlich Richtiges und Notwendiges mit sozial Gebotenem in einen vernünftigen und fairen Ausgleich zu bringen? Würde man sozialen Frieden als die Dominanz des Sozialen über das Wirtschaftliche begreifen, so wäre das absehbare Ende dieser Konzeption in nicht zu ferner Zeit wirtschaftliche und damit zugleich soziale Verelendung. Wir wollen und wir brauchen für unsere zukünftige gesellschaftspolitische Entwicklung und Behauptung sozialen Frieden und sozialen Grundkonsens. Ich warne nachdrücklich davor, ihn oberflächlich oder in der falschen Weise zu definieren.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch ein Wort zu dem Vorruststand sagen. Er ist ein schwieriges, ein kostspieliges und unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten, übrigens auch unter ethischen, in mancher Hinsicht ein problematisches Instrument. Wir haben uns trotzdem mit der großen Mehrheit der Arbeitgeberverbände auf dem Boden der Bundesvereinigung dazu entschlossen, diese tarifpolitische Offerte der Bundesregierung anzunehmen und uns um ihre tarifpolitische Umsetzung mit dem jeweiligen Tarifpartner zu bemühen. Wenn sich die erkennbaren Trends in den kommenden Jahren fortsetzen, dann besteht die Chance, daß sich schon in den Jahren bis 1987 der Druck auf den Arbeitsmarkt, der von dem wachsenden Potential der Erwerbspersonen herröhrt, weitgehend vermindert, wenn nicht gar aufhebt. Nach 1987 wird es ohnehin zu einer erst allmählichen und, wie wir alle wissen, in den neunziger Jahren zu einer erheblichen Verminderung des deutschen Erwerbspersonenpotentials kommen.

Schon dies muß Anlaß sein, Vorruststandsregelung nur als eine befristete und unter allen Umständen reversible Ausnahme für einige Jahre zu betrachten. Welche gewaltigen Aufgaben diese Bevölkerungsentwicklung für unsere sozialen Sicherungssysteme darstellt, will ich nur andeuten. Langfristig gilt für die Bundesrepublik ohne Zweifel die Feststellung der vor wenigen Jahren veröffentlichten Studie der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf, nach der in fast allen Industriestaaten der Welt angesichts einer alternden Bevölkerung eine Verlängerung und nicht eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit geboten ist, wenn der Lebensstandard gehalten und wenn die sozialen Sicherungssysteme leistungsfähig bleiben sollen. Oberstes Gebot der bei uns geplanten Neuordnung der Alters- und Hinterbliebenenversorgung muß daher der Aspekt der Kostenneutralität sein. Ich will auf die einzelnen

Modelle, über die im politischen und im Expertenrahmen gestritten wird, hier natürlich nicht eingehen. Entscheidend sind meines Erachtens drei Grundsätze:

Erstens: Die Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung muß angesichts der auf die Rentenversicherung zukommenden Belastungen – wie schon erwähnt – kosteneutral durchgeführt werden.

Zweitens: Sie darf keine fürsorgerechtlichen Bedarfselemente in die Rentenversicherung hineinragen.

Drittens: Sie muß das gegliederte System der Altersversorgung unangetastet lassen, das heißt, es kann insbesondere eine Anrechnung von Betriebsrenten auf die gesetzlichen Renten nicht geben.

Insgesamt, meine Damen und Herren, stehen wir vor schwierigen Aufgaben bei der Sicherung unserer sozialen Leistungssysteme. Ihre Verlässlichkeit und insbesondere die Verlässlichkeit der Alterssicherung sind besondere Elemente der gesellschaftlichen Zukunft. Deshalb stelle ich an das Ende dieser wenigen Bemerkungen noch einmal die Forderung, unsere Sicherungssysteme nach Maßgabe unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und unter Berücksichtigung einer Neuorientierung des Verhältnisses von Solidarität zu Subsidiarität zu überprüfen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß die Lösung der gesellschaftspolitischen Zukunftsaufgaben leicht sein wird. Ich bin überzeugt, daß unsere Chancen gut sind, die Auseinandersetzung um die Gegenwart zu bestehen und damit die Ansätze für die Zukunft zu gewinnen. Wir müssen auf Wachstum und auf Leistung setzen. Wir müssen neue Technologien nutzen, um auch dauerhaft im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Ich teile die Einschätzung der wirtschaftlichen Forschungsinstitute, die in ihrem Frühjahrsgutachten erstmalig für das Jahr 1984 200000 zusätzliche Arbeitsplätze prognostiziert haben. Das muß zu einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit führen. Das wird wirtschaftspolitisch und beschäftigungspolitisch eine Basis für die kommenden Jahre bringen. Wirtschaftswachstum allein ist keine Gesellschaftspolitik. Aber nur auf der Basis eines gesunden Wirtschaftswachstums lassen sich gesellschaftspolitische Probleme freiheitlich und in sozialem Frieden lösen. Sozialer Friede bleibt ein hervorragendes Ziel für die Gesellschaftspolitik der Zukunft. Sozialer Friede ist kein Geschenk, und er ist auch auf Dauer nicht käuflich.

Sozialer Friede setzt voraus die Einsicht in seine Notwendigkeit und in seinen Wert. Sozialer Friede wird nur bestehen, wenn die Unternehmer bereit sind, ihn gegebenenfalls auch kämpferisch zu sichern.

Das ist die Aufgabe, in der wir heute stehen. Ihre Bewältigung schafft die Voraussetzungen für eine freiheitliche Gesellschaftspolitik für morgen. Wir benötigen für diese Gesellschaftspolitik die Vernunft des Verstandes und die Vernunft des Herzens. Und ich bin überzeugt davon, daß uns beides für die Zukunft nicht ausgehen darf und wird. – Vielen Dank.

